

Am letzten Donnerstag, dem 18. März, fand eine Veranstaltung des Bündnisses mit dem Wissenschaftler **Dr. René Kreichauf** statt, der sich in seinen Forschungsarbeiten qualitativ mit Zentren für Geflüchteten in europäischen und nordamerikanischen Städten auseinandersetzt. Flüchtlingslager seien Ausnahmeräume, die in der machtpolitischen Lesart Ausgrenzung, Kontrolle und Entrechtung zum Ziel haben. Ein schneller Zugriff auf die Geflüchteten ist ein Zweck der Kontrolle. Viele Menschen wissen nicht, wie es den Geflüchteten in einem Ankunftszentrum geht, es ist ihnen auch egal. In der geringen Achtung der Rechte von Geflüchteten ist die Unterbringung Geflüchteter auch in einem rassistischen Kontext zu sehen.

Die meisten Geflüchteten zieht es in die Städte, sowohl im globalen Süden als auch im Norden. Das gilt auch für Deutschland. Daher ist die Migration untrennbar mit preisgünstigem Wohnraum in den Städten verknüpft, denn in den Ballungsräumen gibt es zu wenig Wohnungen, die sich Geflüchtete leisten können. Daher müssen sie länger als nötig in Aufnahmeeinrichtungen bleiben und dafür auch teuer bezahlen.

Hinter der Versorgung von Migranten stecken handfeste ökonomische Interessen. Der Staat lässt sich die Unterbringung der Geflüchteten einiges kosten. Viel Geld verdienen daran privatwirtschaftliche Betriebe, vom Catering über Security Dienste bis hin zu Busunternehmen.

Andererseits können Flüchtlingsunterkünfte auch als Räume der Identitäts- und Gemeinschaftsbildung betrachtet werden, die den Aspekt des Widerstands gegen die Entrechtung beinhalte, sei es, dass die Geflüchteten Pflanzen aufstellen, Wände gestalten oder kleine Möbelstück aufstellen, sei es in direkten Protestformen.

In Freiburg haben vier Geflüchtete eine Normenkontrollklage gegen die Hausordnung eingereicht, unterstützt von der Aktion Bleiberecht, dem Landesflüchtlingsrat, Pro Asyl und der Gesellschaft für Freiheitsrechte (GGF). Diese Hausordnung gilt in allen Landeserstaufnahmen Baden-Württembergs, also auch im Ankunftszentrum in Heidelberg. Die Klage richtet sich gegen die ständigen Kontrollen und gegen das Besuchsverbot und macht sich stark für das Grundrecht auf Unverletzlichkeit der Wohnung und auf Religions- und Meinungsfreiheit.

Die Veranstaltung wurde aufgezeichnet, Sie können sie sich auf [YouTube](#) anschauen.